

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen. Jahrgang 199.

St. 110. Zweite Ausgabe. Mittwoch, 7. März 1906.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipziger Str. 87, hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. Gr. Braubaustr. 1. Geschäftsleitung: Dr. Walter Gebensleben in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 7. März.

Der Gouverneur von Ostafrika Graf Götze hat ein erneuertes Urlaubsgesuch an den Reichskanzler gerichtet, weil seine erkrankte Gattin die schmerzliche Rückkehr nach der Heimat nötig macht. Eine Entscheidung darüber ist jedoch zurzeit noch nicht getroffen; wenn einige Blätter schon mitteilen, daß der Gouverneur am 12. April von Dar-es-Salaam die Heimreise antrete, so rügt diese Meldung sich nur darauf, daß Graf Götze in Erwartung der Urlaubsgenehmigung für den am 12. April abgehenden Dampfer bei der Ostafrika-Kolonie Rabinen befehligt hat. Bei dem ungunstigen Gesundheitszustand des Gouverneurs scheint die Bewilligung allerdings gesichert; dafür spricht schon, wie die „Post“ heroverteilt, daß der erste Referent beim Gouverneur in Dar-es-Salaam, Regierungsrat Huber, der gegenwärtig auf Urlaub in Deutschland weilend, noch in diesem Monat nach Ostafrika zurückkehren muß und die Vertretung des Gouverneurs in dessen Abwesenheit zu übernehmen.

Ein Vorkämpfer über die deutsche Politik. Der deutsche Volkswirtschaftler in Washington, Freiherr Speck v. Sternburg, erklärte in einer dem Reichertagler gewidmeten Unterredung gegenüber den Beredungen und Verdächtigungen der deutschen Politik, daß Deutschland keineswegs einen Krieg haben wolle. In Algerias Kämpfe sei für wichtige internationale Grundzüge und sei deshalb Gegner derjenigen französischen Pläne bezüglich der Polizeiorganisation und der Errichtung der Staatsbank in Marokko, deren Verwirklichung den Verlust der Gleichheit der wirtschaftlichen Rechte bedeuten und die „offene Tür“ schließen würden.

Die Steuerkommission des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag zunächst mit § 17 des Erbschaftsteuergesetzes (Gewerb von landwirtschaftlichen Grundstücken durch Erbschaft). Nach längerer Debatte wurde § 17 nach dem Kompromiß-Entwurf in folgender Fassung angenommen: „Soweit Grundstücke, die land- und forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, den Gegenstand eines Erbes bilden, wird nach dem Wert des auf diesen Zeitpunkt des Erbes entfallenden, nach den Vorschriften dieses Gesetzes bestimmten Steuerwertes nicht erhoben. Für Steuerpflichtige der Klasse I tritt Befreiung von Steuer ein, soweit im Laufe der dem Anlaß vorhergehenden drei Jahre die Grundstücke Gegenstand eines nach diesem Gesetz steuerpflichtigen Erbes gewesen sind. Ermäßigung der Steuer auf die Hälfte tritt ein, soweit der besagte Steuerpflichtige die Befreiung nicht in Anspruch nimmt, wenn die Grundstücke innerhalb des besagten Zeitraums gegen Entgelt an Personen veräußert worden sind, welche nicht dem Veräußerer gegenüber in einem die Befreiung von Erbschaftsteuer begründenden Verhältnis stehen.“ § 18, der städtische Personen und Mitglieder des landwirtschaftlichen Dienstes von der Entrichtung der Steuer ausnimmt, wurde mit 13 gegen 12 Stimmen (Konervative und Nationalliberale) abgelehnt. Hienächst sollen werden: § 1 (Gegenstand der Erbschaftsteuer), § 3, 4, 11 (Befreiungen), 20 (Leibrenten), 31 Abs. 3, 32 und 50 nach dem hien erölneten Kompromißentwurf angenommen, die §§ 2 (Definition des Erbes von Todes wegen), 7, 11 (Steuerpflichtige Klasse), 11 (Steuerermäßigungen für Kirchen, Stiftungen u. s. w.), 16, 21, 22, 23 (bezügliche Erwerbs), 24 (bezügliche Befreiung), 25, 26, 27 (ausführliche Rechte), 28, 29 (Erwerb von Vermögen ohne die Abzug), 30, 37 (Berechnung, Haftung, Erhebung, Verwaltung der Erbschaftsteuer); 38 (Abminderung des Steuerwertes), 39 (Gleichheitsprinzip), 40 (Erbschaftsteuerbefreiung), 41 (Erbschaftsteuerbefreiung) nach der Vorlage angenommen. Hierauf vertagte sich die Kommission.

Das Klottengesetz in der Budgetkommission. In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde bekanntlich die Novelle zum Klottengesetz mit großer Mehrheit angenommen; nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Ferner wurde der Vorstoß der Regierung betreffend die Vergrößerung des Deplaments bei einer Anzahl Schiffsbauarbeiten bewilligt, sowie die im Etat für 1906 geforderten drei großen Schiffe, nämlich zwei Minenschiffe zu je 18 000 und ein großer Kreuzer zu 15 000 Tonn.

Se. Maj. der Kaiser unternahm Montag nachmittags einen Ausritt in Tiergarten. Abend 8 Uhr fand bei den Ministerien ein Dinner statt. Dienstag morgen unternahm das Kaiserpaar wieder einen Spaziergang im Tiergarten; der Kaiser befugte über den Reichstempel, empfang im Tal. Schloß der Marine-Maler Hans Bohrdt und hörte die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Admiralstabes der Marine. Später folgte der Kaiser eine Einladung zur Frühstücksstafel beim Generalintendanten v. Hülsen. — Am Mittwoch 12³⁰ Uhr empfing der Monarch im königlichen Schloß den bisherigen japanischen Gesandten Inoue in Lubitz und nahm ein Schreiben des Kaisers von Japan entgegen, durch das Herr Inoue in der Eigenschaft eines außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters an den Kaiser Hofe beurlaubt wird. Der Adjunkt des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes v. Fischerfeldt und Bögenhoff bei. Am Abend traf der Kaiser mit Kaiserin nach Berlin um 7 Uhr 20 Min. in Potsdam im Offiziers-Kasino des Regiments Garde-bus-Korps ein und nahm an dem Alten Herren-Abend des Offizier-Korps teil.

Der Kaiser und der Fürst zu Lippe. Aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares sind zwischen dem Kaiser und dem Fürsten zur Lippe folgende Depeschen gewechselt worden. Fürst Leopold telegraphierte an den Kaiser: „Ew. Majestät und Ihre Majestät die Kaiserin und Königin wollen meiner Frau und meine verehrtesten und aufrichtigen

Glückwünsche zum heutigen Tage gnädig entgegennehmen. Der Doppeltag einigt unser ganzes Denken auf den Wunsch, daß Gottes Gnade auch fernest in Ew. Majestät hohen Hause gegenständig malten möge.“

Der Kaiser antwortete: „Ew. Durchlaucht und der Frau Fürstin spreche ich zugleich im Namen Eurer Majestät der Kaiserin für die Glückwünsche zu dem Doppeltag in unermesslich hoher Dank.“

Dem Staatssekretär des Reichsamt des Innern. Staatsminister Götze v. Salsdonky, wurden aus Anlaß des Abschlusses des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rußland vom 28. Juli 1904 die Brillanten zum Alexander-Newsky-Orden verliehen.

Indesfals. Der frühere Staatsrat in Glatz-Verträgen Max von Puttkamer ist in der vergangenen Nacht in Baden-Baden gestorben.

Der alte Bergarbeiterverband beruht für die rheinisch-westfälischen, die sächsischen und die mitteldeutschen Bergarbeiter zahlreiche Beschlüsse, die die Errichtung der Lohnfrage.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 6. März, 11 Uhr.

Am Bundesratsitzung: F. v. Stengel, Kräfte. Bei schwachem Besuch tritt das Haus in die erste Lesung der Novelle zum Reichsreformgesetz ein. Die Vorlage muß bereits der Sitzung für Staatspapiere herabgesetzt, andererseits dem Arbitragegesetz einige Erleichterungen bringen.

Reichsfinanzreform. F. v. Stengel: Die jetzige Vorlage gründet auf den vorjährigen Kommissionsberichten. Wir hoffen, daß dieser Entwurf auch die Arbeiten der Reichsfinanzreform günstig beeinflussen wird. Der Entwurf hängt ja gewissermaßen mit der Reichsreform zusammen. Bei der Reichsreform die Vorlage voranschreitend der Steuerkommission zur Beratung überweisen wird, verzögert die heute auf eine eingehende Beratung.

Hg. Dr. Badam (Zentr.): Das Gesetz enthält so viele Einzelheiten, daß es unmöglich ist, hier im Plenum sie zu behandeln. Ich beantrage daher Verweisung an die Steuerkommission.

Hg. Gump (Mitt.): Ich würde mich für die Verweisung an die Steuerkommission freuen, nicht aber dem Antrag des Hg. Dr. Badam nicht unterstützen. Bei der Aufhebung des Stempels für Reichs- und Staatspapiere kommen finanzielle Momente nicht in Betracht. Ich erhalte von der Kommission eine Verständigung über die Vorlage.

Hg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) bittet, die Vorlage schon im Plenum zur Erledigung zu bringen.

Hg. Hübner (fr. Sp.): Wird mit der Beratung in der Kommission einverstanden und lehnen eine sachliche Erweiterung sehr ab.

Hg. Wilmanns (fr. Sp.): Eine wirkliche Reform der Verfassung, wie wir sie im Interesse unserer Stellung im internationalen Handel und im Interesse der Reichsfinanz für nötig halten, ist zur Zeit nicht durchführbar. Ich würde deshalb weitergehende Wünsche zurückstellen und mit der Vorlage einverstanden sein, wenn sie vor der im Plenum erlassen würde. In der Kommission werden wir alle unsere Wünsche vorbringen.

Hg. Dr. Baerle (nl.): Wir stimmen der Kommissionsberatung zu, obwohl wir nichts gegen eine Beratung im Plenum einzuwenden gehabt hätten. Das jetzt vorliegende Gesetz gibt eigentlich nicht Stoff zur Kommissionsberatung.

Hg. Dr. Badam (Zentr.): Die Beratung über Einzelheiten würde hier große Schwierigkeiten bereiten. Es ist richtig, daß das Haus ein sachliches Urteil aus einer Kommission erbitte. Von solchen Wunschen habe ich das Vertrauen, daß er in der Kommission nicht Anträge stellen wird, die das ganze Werk gefährden.

Hg. Wilmanns (fr. Sp.): Ich habe nicht gefordert, daß nur Sachverständige über das Gesetz urteilen, das ist hier natürlich unmöglich. Ich werde alles tun, um das Gesetz zu fördern. Damit schließt die Erörterung. Die Vorlage wird der Steuerkommission übergeben.

Darauf legt das Haus die zweite Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung fort.

Staatssekretär des Reichspostens Kräfte: Die Verwaltung beobachtet selbstverständlich den Einfluß des Telephons auf die Beamten. Es wird dafür gesorgt, daß möglichst überall Doppelstellen vorhanden sind. Die Einrichtung der Posthilfsstellen ist im Interesse der Allgemeinheit getroffen. Die Anlagen über große Wege der Landstrassen haben zu Unterbrechungen geführt und deren Unbegünstigung ergeben. 30 Post- oder Posthilfsstellen befinden sich in geborenen Stellen. Uebergriffe von Nebensachen sind allerdings vorgekommen, es ist aber sofort Remorse eingetreten. Es ist ein Irrtum der Herren, wenn sie glauben, daß ich nach allen Richtungen hin mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden bin; ich habe schon geltend gemacht, daß solche Verbesserungen möglich und nötig sind. Zurückweisen muß ich aber den Vorschlag, wir nähmen die Interessen der Posthilfsstellen in Berlin nicht wahr; auch die Vorträge auf den Bahnhöfen ist Dienstzeit. Wir ist es gar nicht eingestiegen, eine Erhöhung des Preispostes zu fordern. Ich sehe dem Affirmantenverbanne nicht unwillig gegenüber. Aber Beamte dürfen nicht bezogen, das ist Beamte nicht; sie dürfen nicht Affirmanten werden, um die Beamten zu werden und um so nötig sind. Zurückweisen muß ich die Verwaltung zu üben. In diesen Falle müssen wir den Beamten sagen, Ihr geht zu weit. Der Ton der Verhandlung ist nicht mehr der frühere, es haben sich Elemente heringedrängt, die eine schärfere Tonart ließen. Seltener ist für eine Beamtenklasse wie die Affirmanten so viel wie durch die Beamtenreform gegeben. Sie hatten die höchste Zahl von 3000 IV, die Beamtenreform hat ihnen Stellen bis zu 6000 IV geschaffen. Darüber darf man nicht hässlich urteilen. Es tut mir leid, daß die Sache hier zur Sprache gekommen ist, ich habe in wohlwollender Absicht die Affirmanten ermahnt, vorsichtiger zu sein. Mein Druck der Massen sollen nicht.

Hg. Käsig (nl.): Ist es wahr, daß dem Reichsgericht Postaffirmanten auf Empfinden der Zentrumspartei verboten worden ist, für den Evangelischen Bund in Breslau zu sprechen? Die Beamten der unpolitischen Verwaltungen, besonders der Vertriebsverwaltung, dürfen doch ein größeres Maß von politischer Freiheit für sich beanspruchen, als nach diesem Falle scheint. Ich hoffe, daß es auch dem Affirmantenverbanne gelingt, diese letzten Beziehungen aufrecht zu erhalten. Aus dem einen Vorfall, der hier vorgeführt ist, kann ich nicht folgern, daß die Verwaltung auf einmal einen anderen Kurs gegen den Verband einstellt. Uebergriffe der Verband einmal die rechte Grenze, so muß die Verwaltung das Recht der Verwarnung haben. Auf der anderen Seite aber möchte ich wünschen, daß die Beziehungen zwischen Organisation und den Reichstagsfraktionen nicht zum Ausgangspunkt eines Nebenbetrugs der Verwaltung gegen die Organisationen gemacht wird. Der Reichstag erfährt sich nun einmal des Vertrauens der Beamtenorganisationen. Auf Einzelheiten einzugehen, verfatte ich mir. Mit den Erklärungen des Staatssekretärs über die Einrichtung des Sonntagsdienstes können wir uns zufrieden erklären. Ich bitte, unsere Resolution, die die Parteien und Gelegenheiten im Besonderen auszuweisen will, anzunehmen.

Staatssekretär Kräfte: Die Zentrumspartei hat im Jahre Käsig in keiner Weise beteiligt. Ein katholischer Pastor hatte an die Leipziger Postdirektion geschrieben, daß Käsig mit Käsig und Käsig die Einwohnerschaft verheide, und daß diesem das unterlag werden müßte. Die Oberpostdirektion hat die Sache geprüft. Es hat sich ergeben, daß Käsig die in Form und Inhalt antwortliche Schrift auch antwortlich aufstellte. Es wurde dem Käsig ermitte, die Abfertigung über keine agitatorische Tätigkeit auszuüben und ihm diese unterliegt. Trotzdem trat Käsig weiter als Vortragender auf. Der Amtsvorsteher unterlag ihm dies und machte ihm auf die Folgen aufmerksam. Wir müssen den größten Wert darauf legen, daß unsere Beamten des Vertrauens aller Massen besitzen und es sich nicht durch agitatorische Tätigkeit verdienen. Jedemfalls werden alle Vorhaltungen, die gemacht werden, sorgsam geprüft. Die Posthilfsstellen darf nicht vergraben werden, daß doch nur eine Täuschung im Nebensache ist, und daß diese Herren doch nicht Beamte sind. Diese können wir nicht perhorisieren. Der Resolution Käsig stehen wir zwar wohlwollend gegenüber, wenn wir doch auch nicht alle ihre Wünsche erfüllen können. (Beifall.)

Hg. Oberreg.-Rat Neumann: Ich bitte nicht unvorurteilig an der Gehaltsregelung zu urteilen, wenn an einer Stelle die Gehälter unterbunden sind, steht das höhere finanzielle Folgen nach. Deshalb warne ich vor dieser Teile der Resolution Käsig. Die deutsche Verwerfung steht der Erfüllung mancher hier geäußerten Wünschen entgegen.

Hg. Wintermann (Wittich, Bag.): Der Vorwurf, der Plasmaterial kann gegen die Postverwaltung nicht erhoben werden. Ebensoviele berechtigt ist der Vorwurf der Plasmaterial im Ausland ist man nicht so itraffen Verleumdung. Deutschland ist auch in dieser Beziehung vorwärts. Wir sind nicht gegen eine Erhöhung der Gehälter, bei denen die Post mit Verlust arbeitet, bedenklich macht mich allerdings, daß bei den landlichen Fernsprechstellen von gerechtem Ausgleich zwischen Land und Stadt gesprochen wird. Einem einflussreichen Wünsche der Landesebene stehen wir gegenüber bei der Forderung einer gerechteren Verteilung der Telegraphenstellen nach den Entfernungen. Wenn die Verwaltung nichts dagegen tun, wenn die unangenehme Zeit Sendungen mit dem Namen der alten deutschen Städte zurückweicht, weil diese inzwischen magarifiziert sind? Welche Erfahrungen hat der Staatssekretär mit der Tätigkeit und Bewahrung der weiblichen Beamten? Die Wahrung gegen die Ausbreitung der Plasmaterial steht nach den gemachten Erfahrungen nach be-rechtigt. Meine Freunde fordern in einem Interpellationsantrag die Lichteranzug und ebenso wünschen wir die Minderung für den Landdienst gut geregelt. Seit 1895 sind Wünsche auf Vorklage einer Deutschpost über die Lage der höheren Postbeamten geäußert und zugleich auf ihre Aufbesserung; bisher vergeblich. Erkennt die Regierung diese Wünsche nicht als berechtigt an? Auch die Unterbeamten sind nicht überglücklich. Die Landstrassenräger haben heute weit größere Aufgaben als einst, sie müssen demgemäß aufgebessert werden. Das Forderung beim Grundständern müßte noch verbessert werden. Wir werden gleichwohl um so lieber diese Summen für Bauten bewilligen, wenn sie benutzt werden, das gewerbliche Leben zu befördern und insbesondere das Bergungs- und Bergungsbedürfnisse in diesem Sinne geregelt wird. (Beifall redt.)

Nach einer weiteren Rede des Hg. Dr. Gieseler (Wittich) verlagte sich das Haus.

Wittich 11 Uhr: (Schweren) Anträge Wilmanns auf Abänderung der Steuerordnung. — Schluß 6¼ Uhr.

Brennlicher Landtag.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung vom 6. März 1906, 11 Uhr. Am Ministerpräsident: Stundt.

Die zweite Beratung des Schulgesetzes wird fortgesetzt beim Kapitol.

Mit der Beratung des Titels „Inverifiziert Königsberg“ wird folgender Antrag des Hg. Dr. A. v. L. (fron.) und Genossen verbunden: „Die Regierung zu eruchen, ordentliche Professoren für Kolonialrecht zunächst an der Universität Berlin und dann an den übrigen Universitäten zu ernennen.“

Hg. Dr. A. v. L. (fron.): Ich begrüße den Antrag. An der Budgetkommission gingen die Meinungen nur darüber auseinander, ob die Errichtung von ordentlichen Professoren für Kolonialrecht noch hinausgeschoben oder zu beschleunigen sei. Ich halte eine schnelle Lösung dieser Frage für wünschenswert und notwendig sowie mit Rücksicht auf die Heranbildung tüchtiger Kolonialbeamten. In der Errichtung einer solchen Professur bereits in die Wege geleitet, und soll das Bisherige in Berlin und Bonn“ nicht auf hier Stellung haben? Erforderliche trägt der Antrag die Interferenz von Vertretern aller Parteien; ich bitte ihn anzunehmen.

Börsen- und Handelszeit.

Mitteilungen.

Die Sitzung des Aufsichtsrats der Deutschen Gesellschaft...

Magdeburger Feuer-Vericherungsgesellschaft in Magdeburg...

Die Provinzialverwaltung der ungarischen Regierung...

Tagess-Marktsberichte.

Preisverzeichnis des Deutschen Landwirtschafters.

Table with columns for location (Stadt, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer) and prices.

Gerste: Dresden 130-147, ... Kernen: Stuttgart 193-197...

Ägäische Früchte: Nahrungsmittel der Zone aus...

Frankfurt: Dresden 9,00, nach Rotterdam 10,05...

Seiten, 6. März. (Berliner Produktenbörse) Die...

Waren- und Produktenberichte.

Hamburg, 6. März. Weizen, Roggen, Weizenbrot...

Advertisement for 'SACKEN' (bags) with technical details and contact information.

